

Fachanweisung der BSU

über die

Gewährung von Umzugsprämien zur Freimachung von behindertengerecht ausgestatteten öffentlich geförderten Mietwohnungen für Rollstuhlfahrer (Sozialwohnungen)

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

	Seite
1. <u>Zielsetzung</u>	2
2. <u>Voraussetzungen</u>	2
2.1 Antragsberechtigung/Einkommensgrenze	2
2.2 Anforderungen an die Wohnungen	3
2.2.1 Anforderungen an die freizumachende behindertengerechte Wohnung für Rollstuhlfahrer	3
2.2.2 Anforderungen an die anzumietende nicht behindertengerechte Wohnung (Ersatzwohnung)	3
3. <u>Höhe der Umzugsprämie</u>	4
4. <u>Verfahren</u>	4
5. <u>Statistische Erhebungen</u>	4
6. <u>Schlussbestimmungen</u>	4

1. Zielsetzung

Die zweckbestimmte Nutzung der mit öffentlichen Mitteln geförderten behindertengerechten Sozialwohnungen für Rollstuhlfahrerhaushalte ist ein wichtiges wohnungspolitisches Anliegen. Sozialwohnungen i.S. dieser Fachanweisung sind Wohnungen des 1. Förderungsweges sowie Wohnungen, die nach dem Wohnraumförderungsgesetz vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376), zuletzt geändert am 5. September 2006 (BGBl. I S. 2098), gefördert wurden.

Der zweckbestimmten Nutzung stehen nach dem bindungsgerechten Bezug einer Wohnung auftretende Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung, wie beispielsweise Trennungen nach Ehescheidungen oder Tod eines Haushaltsmitgliedes, entgegen. Mit der Gewährung von Umzugsprämien soll ein Anreiz zur Freimachung von behindertengerechten Sozialwohnungen gegeben werden, damit diese wieder von Rollstuhlfahrerhaushalten angemietet werden können.

Bei der Gewährung der Umzugsprämie handelt es sich um eine freiwillige, gesetzlich nicht vorgeschriebene Leistung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein Rechtsanspruch auf die Umzugsprämie besteht nicht. Umzugsprämien können nur gewährt werden, soweit Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Zuständig für die Gewährung der Umzugsprämie sind die Bezirksämter.

2. Voraussetzungen

2.1 Antragsberechtigung/Einkommensgrenze

Antragsberechtigt sind Mieter, die aus einer behindertengerechten Wohnung ausziehen, ohne hierzu zivilrechtlich verpflichtet zu sein. Die Höhe des Einkommens des antragstellenden Haushalts ist für die Gewährung der Umzugsprämie unerheblich. Der Haushalt darf bei Antragstellung die Wohnung auf Dauer nicht mehr benötigen

2.2 Anforderungen an die Wohnungen

2.2.1 Anforderungen an die freizumachende behindertengerechte Wohnung für Rollstuhlfahrer

Die in den nachfolgenden Absätzen genannten Voraussetzungen müssen alle erfüllt sein:

(1) Bei der freizumachenden behindertengerechten Wohnungen muss es sich um eine der folgenden Wohnungsarten handeln:

- eine Sozialwohnung
- eine sonstige geförderte Miet- oder Genossenschaftswohnung,
- eine nicht preisgebundene Wohnung der SAGA oder GWG,
- eine noch der Belegungsbindung unterliegende Wohnung, die nach den Förderungsgrundsätzen der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK) in Sanierungsgebieten modernisiert und instand gesetzt worden ist oder für die Förderungsmittel nach den „Förderungsgrundsätzen über die Gewährung von Zuschüssen

zur Schaffung rollstuhlgerechten, behinderten- und altengerechten Wohnraums“ von der WK bewilligt wurden.

- (2) Bei Sozialwohnungen muss die bindungsgerechte Wiederbelegung während der Bindungsdauer gewährleistet sein.
- (3) Eine Abgeschlossenheitsbescheinigung als Voraussetzung für die Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung darf weder erteilt noch beantragt sein.

2.2.2 Anforderungen an die anzumietende nicht behindertengerechte Wohnung (Ersatzwohnung)

Bei der neuen Wohnung muss es sich um eine in Hamburg belegene in sich abgeschlossene Mietwohnung handeln. Finanzierungsart sowie Baujahr des Gebäudes sind dabei unerheblich.

Als Ersatzwohnraum gelten grundsätzlich nicht:

- Eigenheime und Eigentumswohnungen, die selbst genutzt werden sowie Wohnraum, der im Miteigentum des antragstellenden Haushaltes oder im Eigentum /Miteigentum eines Familien-/Haushaltsangehörigen steht,
- Zimmer im Untermietverhältnis oder Teile einer Wohnung,
- Wohnplätze in Alten- und Pflegeheimen.

3. Höhe der Umzugsprämie

Die Höhe der Umzugsprämie beträgt 3.800 EUR. Die Auszahlung erfolgt erst, nachdem der Antragsteller/die Antragstellerin nachgewiesen hat, dass die Wohnung vertragsgemäß an den Verfügungsberechtigten zurückgegeben worden ist.

4. Verfahren

Mieterinnen und Mieter, die eine behindertengerechte Mietwohnung für Rollstuhlfahrerhaushalte freimachen wollen, sind über die Voraussetzungen und das Verfahren zur Erlangung einer Umzugsprämie vor Kündigung ihrer Wohnung zu beraten.

Der Antrag ist in der Regel bis zum Ende des Monats zu stellen, in dem die Kündigung erfolgt ist. Die Mietverträge sowohl der freizumachenden als auch der neu angemieteten Wohnung sind dem Antrag beizufügen.

5. Statistische Erhebungen

Der BSU/WSB sind jährlich (Stichtag 31.12.) die Fallzahlen über die gewährten Umzugsprämien mitzuteilen.

6. Schlussbestimmungen

Diese Fachanweisung tritt am 01. Januar 2007 in Kraft und am 31. Dezember 2012 außer Kraft.